

Instabiles Meinungsklima

- Wechselde Mehrheiten für SPD und Union *Seite 2* ■ Arbeitslosigkeit wieder dominierendes Thema *Seite 4* ■ Kontroverse Beurteilung der Rentenreform *Seite 4* ■ Mehrheit für Aussetzung der Ökosteuer *Seite 6* ■ NPD-Verbot stößt auf breite Zustimmung *Seite 7*

POLITIKKOMPASS
der Konrad-
Adenauer-Stiftung



Konrad
-Adenauer-
Stiftung

Eine Studie von
Jutta Graf
und
Viola Neu
Stand: November
2000



Wechselnde Mehrheiten für SPD und Union¹

Seit dem Frühsommer diesen Jahres kann das Meinungsklima als ausgesprochen instabil bezeichnet werden. Je nach aktueller politischer Lage befindet sich jeweils eine der beiden Volksparteien im Vorteil, ohne dass erkennbar wäre, dass sich damit strukturelle Veränderungen in der Wählerschaft ergeben, die das Wahlverhalten langfristig bestimmen werden.

Diese kurzfristigen Schwankungen spiegeln sich auch in der Zufriedenheit mit der Bundesregierung wider. Während noch bis Anfang Oktober die zu beobachtende Unzufriedenheit mit den Leistungen der

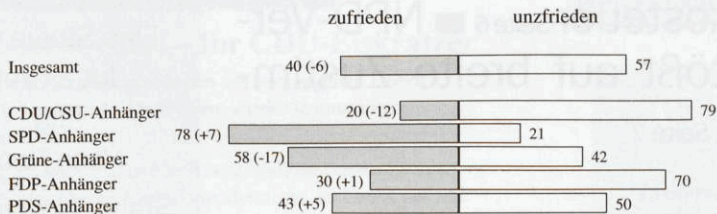
Bundesregierung weiter angestiegen war (Infratest dimap), zeichnet sich Ende des Monats wieder eine leichte Erholung zugunsten der Bundesregierung ab (Forschungsgruppe Wahlen). Anfang Oktober war die gewachsene Unzufriedenheit vor allem auf die gewachsene Unzufriedenheit im Wählerlager der Union, der Grünen und der unentschiedenen Wähler zurückzuführen.

Allerdings gelingt es der Union nicht, von der Unzufriedenheit zu profitieren. Nur

¹ Dieser Auswertung liegen folgende Umfragen zugrunde: Infratest dimap, Deutschland-Trend Oktober 2000; Forschungsgruppe Wahlen, Politbarometer Oktober 2000.

Zufriedenheit mit der Bundesregierung

Wie zufrieden sind Sie mit der Arbeit der rot-grünen Bundesregierung? Sind Sie damit...



(Angaben in Klammern: Vgl. zum Vormonat)

Fehlende Werte zu 100 Prozent: "weiß nicht/keine Angabe"

Angaben in %, Infratest dimap (Oktober 2000)

Entwicklung der Wähleranteile bis Ende Oktober

| | 24.-29. Aug. | 18.-21. Sept. | 28. Sept.- 4. Okt. | 16. - 19. Okt. |
|------------------|--------------|---------------|--------------------|----------------|
| CDU/CSU | 34 | 38 | 39 | 37 |
| SPD | 43 | 40 | 39 | 41 |
| Grüne/Bündnis 90 | 6 | 6 | 6 | 6 |
| FDP | 8 | 6 | 6 | 6 |
| PDS | 6 | 5 | 6 | 5 |
| Sonstige | 3 | 5 | 4 | 5 |

Angaben in % der Wähler
 Infratest dimap (24.-29. August 2000; 28. September – 4. August 2000);
 Forschungsgruppe Wahlen (18.-21. September 2000; 16. – 19. Oktober 2000)

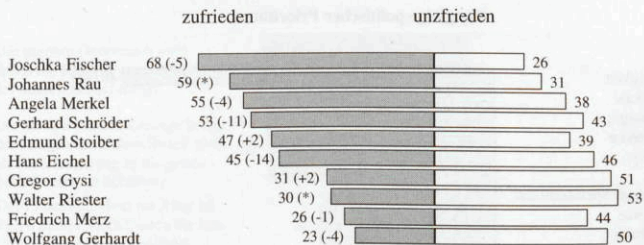
ein gutes Viertel (27 Prozent) sind derzeit mit der Oppositionsarbeit der Union zufrieden. Somit wird die Union gegenwärtig nicht als kompetentere Regierungsalternative angesehen. Daher schwanken auch die Wahlabsichten deutlich. Ende Oktober konnte die SPD ihren Wähleranteil wieder leicht ausbauen. Fände die Bundestagswahl jetzt statt, so würden nach der neuesten Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen 41 Prozent die SPD wählen. Die Unionsparteien erhielten 37 Prozent der Stimmen. Infratest dimap ermittelte Anfang Oktober noch ein Patt zwischen den beiden großen Parteien mit jeweils 39 Prozent für CDU/CSU und SPD. Die Grünen würden wie im Vormonat von 6 Prozent gewählt.

Die FDP erhalte ebenfalls ca. 6 Prozent und die PDS fände bei etwa 5 Prozent der Wähler Unterstützung.

Die Kritik an der Regierung bekommen Anfang Oktober vor allem der Bundeskanzler und der Bundesfinanzminister zu spüren. Mit den Leistungen Gerhard Schröders sind nur noch 53 Prozent der Bundesbürger zufrieden, während noch im September fast zwei Drittel (64 Prozent) seine Amtsführung positiv beurteilten. Die positiven Bewertungen von Hans Eichel haben sich im gleichen Zeitraum von 59 Prozent auf 45 Prozent reduziert. Mit den Leistungen von Angela Merkel sind 55 Prozent der Bundesbürger zufrieden (-4 Punkte). Damit wird sie etwas positiver beurteilt als Gerhard Schröder.

Politikerzufriedenheit

Und nun geht es um Ihre Meinung zu einigen Spitzenpolitikern von Regierung und Opposition.



(Angaben in Klammern: Vgl. zum Vormonat; (*) keine Vergleichswerte vorhanden)
 Fehlende Werte zu 100 Prozent: "weiß nicht/keine Angabe"
 Angaben in %, Infratest dimap (Oktober 2000)

Betrachtet man diese Entwicklung nach Parteienhängerschaften, so zeigt sich dass die wachsende Kritik an der Amtsführung Schröders nicht nur auf die Wählerschaften der Oppositionsparteien beschränkt ist, sondern dass sich auch Anhänger der Grünen zunehmend unzufrieden äußern (-14 Prozentpunkte). Bei Hans Eichel erstreckt sich die wachsende Unzufriedenheit auch auf die eigene Anhängerschaft (-7 Prozentpunkte). Am stärksten verloren hat der Bundesfinanzminister allerdings bei Unionsanhängern (-24 Prozentpunkte), was als Folge der anhaltenden Diskussion um die Öko-steuer zu bewerten ist.

Arbeitslosigkeit wieder dominierendes Thema

Nachdem im September die Benzin- und Energiepreise die politischen Themen dominierten und die Arbeitslosigkeit damit erstmals seit mehr als sieben Jahren vom ersten Rangplatz verdrängten, ist das Thema Arbeitslosigkeit im Oktober wieder Thema Nr. 1. Allerdings sind die Nennungshäufigkeiten hier inzwischen deutlich geringer als beispielsweise 1999 oder noch zu Beginn dieses Jahres. Bei der Frage nach den wich-

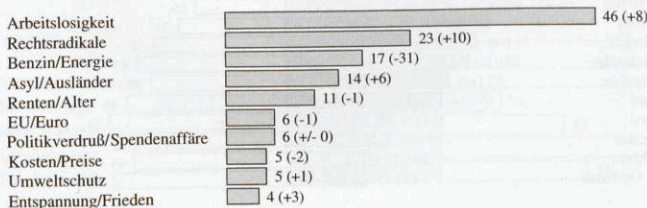
tigsten Problemen in Deutschland entfallen auf die Arbeitslosigkeit 46 Prozent der Nennungen. An zweiter Stelle rangiert mit 23 Prozent das Thema Rechtsradikalismus. Dahinter folgt mit 17 Prozent der Themenbereich Steuern, Benzin- und Energiepreise, der im September mit 48 Prozent noch wichtigstes Thema auf der politischen Agenda war.

Kontroverse Beurteilung der geplanten Rentenreform

Die Beurteilung von Riesters Rentenreform fällt äußerst kontrovers aus. Gegner und Befürworter halten sich dabei in der Bevölkerung die Waage. Dass die Rentenreform in die richtige Richtung geht, meinen 45 Prozent der Deutschen, 42 Prozent sind gegenteiliger Meinung.

Zustimmung und Ablehnung sind dabei stark von der eigenen sozialen und finanziellen Lage abhängig. Auf klare Ablehnung stößt die Rentenreform bei Frauen, die nach Riesters Äußerungen eigentlich die Gewinner der Reform sein sollten, bei Arbeitern und bei Beziehern niedriger Einkommen. Leitende Angestellte sowie Bezieher höherer Einkommen sehen in der Rentenreform mehr-

Rangfolge politischer Prioritäten

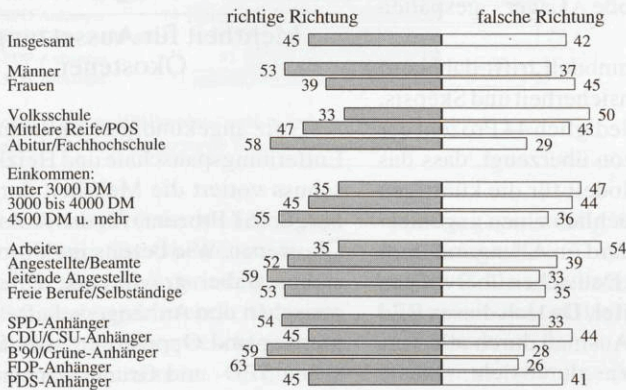


(Angaben in Klammern: Vgl. zum Vormonat)

Angaben in %; Forschungsgruppe Wahlen (Oktober 2000)

Bewertung der Rentenreform

Die Bundesregierung hat ihr Konzept für die Rentenreform vorgestellt. Um die Beiträge für die gesetzliche Rentenversicherung zu begrenzen, soll ab 2011 das Rentenniveau für Neurentner gekürzt und dafür bereits ab 2001 die private Altersvorsorge verstärkt steuerlich gefördert werden. Wie ist Ihre Meinung: Gehen diese Reformpläne in die richtige oder in die falsche Richtung?



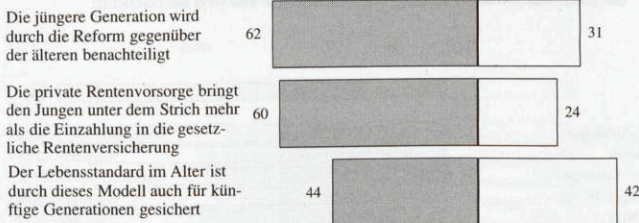
Fehlende Werte zu 100 Prozent: "weiß nicht/keine Angabe"
Angaben in %; Infratest dimap (Oktober 2000)

heitlich den richtigen Weg zur Sicherung der Altersvorsorge. Damit haben die Reformpläne der SPD zu einer Verunsicherung in deren Stammklientel geführt.

Bei den SPD-Anhängern kann sich nur gut jeder Zweite (54 Prozent) mit den Reformplänen anfreunden, jeder Dritte ist dagegen. Bei den Anhängern von Bündnis

Auswirkungen der Rentenreform

Diskutiert wird aktuell insbesondere über die Folgen der Rentenreformpläne für die junge Generation. Ich nenne Ihnen hierzu einige Ansichten. Sagen Sie mir jeweils, ob Sie ihnen zustimmen oder sie ablehnen.



Fehlende Werte zu 100 Prozent: "weiß nicht/keine Angabe"
Angaben in %, Infratest dimap (Oktober 2000)

90/Grünen sind 59 Prozent dafür, 28 Prozent lehnen sie ab. Die höchste Zustimmung ist mit 63 Prozent in den Reihen der FDP-Anhängerschaft zu finden. Bei der Union sind Befürworter und Gegner in zwei gleich große Lager gespalten (45:44).

Riesters Rentenmodell trifft dabei auf weit verbreitete Unsicherheit und Skepsis. Gegenwärtig sind lediglich 44 Prozent der Bundesbürger davon überzeugt, dass das vorgeschlagene Modell für die künftigen Generationen tatsächlich einen angemessenen Lebensstandard im Alter garantiert. Bei 42 Prozent der Deutschen überwiegen hingegen die Zweifel. Da sich dieses Bild in etwa gleichem Ausmaß durch alle Parteianhängerschaften durchzieht, dürfte die SPD mit der Durchsetzung in weiten Teilen ihrer Wählerschaft mit Unmut zu rechnen haben, was sich bei anhaltender Diskussion auch auf die kommenden Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg auswirken könnte.

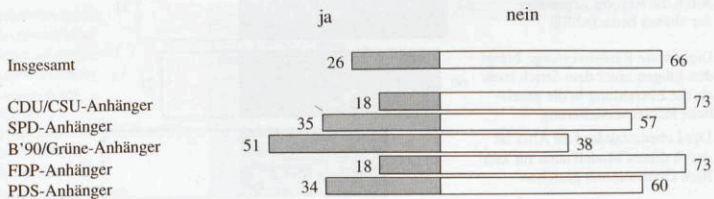
Auch werden die erwarteten Folgen der Rentenreform für die jüngere Generation zwiespältig wahrgenommen. Auf der einen Seite sind 62 Prozent der Ansicht, dass die künftigen Rentner gegenüber den heutigen Ruheständlern benachteiligt werden. Auf der anderen Seite erwarten 60

Prozent, dass eine private Altersversorgung lukrativer ist als die gesetzliche Rentenversicherung und der jüngeren Generation letztendlich mehr einbringen wird.

Mehrheit für Aussetzung der Ökosteuern

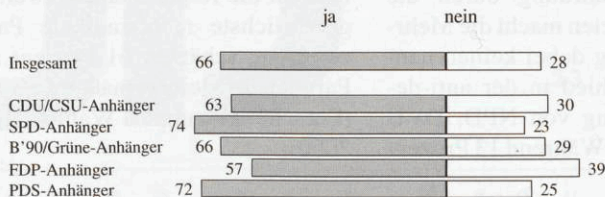
Trotz angekündigter Entlastung durch Entfernungspauschale und Heizkostenzuschuss votiert die Mehrheit der Bundesbürger (61 Prozent) für das Aussetzen der Ökosteuern. Wie bereits im Vormonat bestehen dabei gravierende Unterschiede zwischen den Anhängerschaften von Regierung und Opposition, aber auch zwischen SPD- und Grünen-Anhängern. Im Oktober sprechen sich drei Viertel der Anhänger der Grünen für die Beibehaltung der Ökosteuern aus. Bei der SPD sprechen sich etwa die Hälfte für die Aussetzung (47 Prozent) bzw. die Beibehaltung der Ökosteuern aus (49 Prozent). Bei den Anhängern der Unionsparteien votieren mehr als drei Viertel (79 Prozent) und bei den Anhängern der FDP fast zwei Drittel (62 Prozent) für die Aussetzung der Ökosteuern. Von den Anhängern der PDS befürworten 53 Prozent die Aussetzung (Forschungsgruppe Wahlen, Oktober 2000).

Die Entlastungsmaßnahmen für hohe Energiepreise sind ausreichend:



Fehlende Werte zu 100 Prozent: "weiß nicht/keine Angabe"
Angaben in %, Forschungsgruppe Wahlen (Oktober 2000)

Die NPD sollte verboten werden



Fehlende Werte zu 100 Prozent: "weiß nicht/keine Angabe"
Angaben in %, Forschungsgruppe Wahlen (Oktober 2000)

Die nach wie vor von der Mehrheit vertretene Forderung, die Ökosteuern auszusetzen ist sicherlich auch darin begründet, dass die Bundesbürger mehrheitlich die von der Bundesregierung beschlossenen Kompensationsmaßnahmen nicht für ausreichend halten. Nur gut jeder Vierte hält die vorgesehene Entfernungspauschale sowie die Heizkostenbeihilfe für ausreichend.

votieren gegenwärtig bei der SPD 74 Prozent, bei der PDS 72 Prozent, bei Bündnis 90/Die Grünen 66 Prozent, bei der Union 63 Prozent und bei der FDP 57 Prozent für das Verbot.

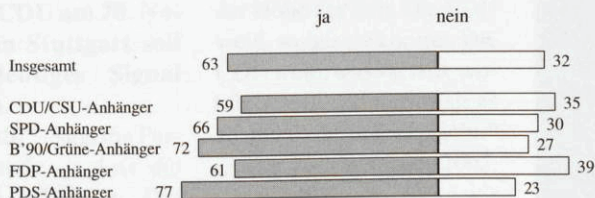
Dieses eindeutige Votum beruht mit Sicherheit darauf, dass fast zwei Drittel der Deutschen in der NPD eine Gefahr für die Demokratie sehen. Hinsichtlich der von ihr ausgehenden Gefahr besteht zwischen den Anhängern der verschiedenen Parteien breiter Konsens.

Außer dem Verbot der NPD sind sich die Deutschen allerdings auch weitgehend einig in der Forderung nach schärferen Gesetzen zur Bekämpfung des Rechtsradikalismus (59 Prozent). Ausnahme sind dabei nur die Anhänger der Grünen. Bei ihnen ist jeder zweite gegen

NPD-Verbot stößt auf breite Zustimmung

Das derzeit diskutierte Verbot der NPD findet bei zwei Dritteln der Bürger Zustimmung. Nur 28 Prozent sprechen sich dagegen aus. Für ein NPD-Verbot

Die NPD gefährdet die Demokratie



Fehlende Werte zu 100 Prozent: "weiß nicht/keine Angabe"
Angaben in %, Forschungsgruppe Wahlen (Oktober 2000)

die Verschärfung der Gesetze. In der Einschätzung der Gefährdung durch die rechtsextremen Parteien macht die Mehrheit der Bevölkerung dabei keinen nennenswerten Unterschied in der anti-demokratischen Haltung von NPD, DVU oder Republikanern. Während 13 Prozent

die NPD und 9 Prozent die DVU und 7 Prozent die Republikaner jeweils als die gefährlichste rechtsradikale Partei bezeichnen, schätzen 61 Prozent alle drei Parteien für gleichermaßen gefährlich ein (Forschungsgruppe Wahlen, Oktober 2000).